

---

# **Rede von Helke Sander (Aktionsrat zur Befreiung der Frauen) auf der 23. Delegiertenkonferenz des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) am 13. September 1968 in Frankfurt/Main**

---

## **Zusammenfassung**

Am Ende der 1960er Jahre formierte sich in der Bundesrepublik die sog. Neue Frauenbewegung. Im Gegensatz zur Ersten oder "Alten" Frauenbewegung, die durch ihr Engagement im Kaiserreich und in der Weimarer Republik die Grundlagen für die rechtliche und politische Gleichstellung von Frauen in Deutschland gelegt hatte, zielten die Aktivitäten der aus der 68er-Studentenbewegung hervorgegangenen Neuen oder "Autonomen" Frauenbewegung auf eine grundsätzliche Umgestaltung der patriarchalischen Geschlechterordnung. In ihrer später berühmt gewordenen Rede verlangte die damalige Sprecherin des "Aktionsrates zur Befreiung der Frauen", Helke Sander, am 13. September 1968 auf der 23. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) die Politisierung des Privatlebens. Damit wurde erstmals die Forderung nach der Erweiterung des herkömmlichen Politikbegriffs durch die Einbeziehung der Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen und Müttern formuliert. Ein Hauptanliegen der Neuen Frauenbewegung im Kampf um die Rechte der Frauen war seit den frühen 1970er Jahren die Legalisierung der Abtreibung. Große mediale Aufmerksamkeit erregte dabei die von der Journalistin Alice Schwarzer am 6. Juni 1971 nach französischem Vorbild in Westdeutschland initiierte Selbstbeziehungsaktion "Ich habe abgetrieben" gegen den § 218 des bundesdeutschen Strafgesetzbuches, der die Abtreibung unter Strafe stellte. Mit dieser Formierungs- und Mobilisierungskampagne gelang es, einerseits die zuvor nur punktuellen Fraueninitiativen zu gemeinsamen Aktivitäten zu bündeln, andererseits Einfluss auf die Reform des Abtreibungsrechts unter der sozialliberalen Koalition zu nehmen. Schließlich schaffte es die Neue Frauenbewegung, das Thema Frauenemanzipation insgesamt auf die gesellschaftliche und politische Agenda zu setzen und in der Bundesrepublik für einen breiten Bewusstseinswandel zu sorgen.

## **Einführung**

Die Entstehung der sog. Neuen Frauenbewegung am Ende der 1960er Jahre vollzog sich in der Bundesrepublik unter gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen, die Frauen nur begrenzte Emanzipationsmöglichkeiten boten. Noch bis weit in die 1970er Jahre war das erste Ausbildungsziel für Mädchen ihre Vorbereitung auf den "Beruf" der Mutter und Hausfrau. Zwar fand seit den 1960er Jahren ein allmählicher Wandel statt. So erkannte man in der Öffentlichkeit zunehmend, welchen Belastungen Frauen und Mütter in Studium und Beruf ausgesetzt waren, da auf ihren Schultern zusätzlich die alleinige Zuständigkeit für die Kindererziehung und die Führung des Haushalts lag. Doch erschöpften sich konkrete Lösungsvorschläge für diese weiterhin als selbstverständlich angesehene "Doppelaufgabe der Frau" lediglich darin, Frauen vorzuschlagen, sie sollten zwischen Schwangerschaft und Einschulung der Kinder ihre berufliche Tätigkeit unterbrechen

(sog. "Drei-Phasen-Modell" von Myrdal/Klein).

Den Charakter einer Umbruchszeit trugen die 1960er Jahre auch dort, wo Themen der privaten Beziehungen zwischen den Geschlechtern erstmals kontrovers öffentlich verhandelt wurden und Berichte über höhere Scheidungsraten und Diskussionen um die Berufstätigkeit von verheirateten Frauen erste Risse im traditionellen Bild der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zeigten. Ebenso markieren die 1960er Jahre auch erste Ansätze eines Gleichheitsanspruchs in sozialen und politischen Fragen, wenn es um die Umsetzung der im Grundgesetz (Art. 3,2) und im Bürgerlichen Gesetzbuch bereits festgeschriebenen Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens ging.

Daneben führten erste Erfolge bei Ausbau und Öffnung des deutschen Bildungssystems im Zeichen der Demokratisierung von Schulen und Universitäten zu Ansprüchen an höhere Qualifikationen, die nun auch Mädchen allmählich neue Möglichkeiten einer gymnasialen und universitären Ausbildung eröffneten. Studentinnen entwickelten zwar durch diese Bildungsrevolution und die durch die 68er-Studentenbewegung hervorgerufene Politisierung einen gestiegenen Anspruch auf gesellschaftliche Partizipation und individuelle Selbstbestimmung. Sie fanden sich aber letztlich mit einer kollektiven Unterordnung und Fremdbestimmung konfrontiert, die ihren Lebensalltag und ihr politisches Handeln in den studentischen Gruppen prägten.

Nicht zufällig lagen deshalb die Anfänge der Neuen Frauenbewegung in Erfahrungen begründet, die politisierte Frauen und Mütter mit dem nicht eingelösten Anspruch auf Gleichberechtigung innerhalb der sich als antiautoritär verstehenden Studentenorganisationen machten. Die als Diskriminierung erfahrenen Widersprüche in der sozio-ökonomischen Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft nahmen engagierte Frauen im Umfeld des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), eine der Wort führenden Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition (APO), zum Anlass, sich kritisch mit den Fragen von Kindererbetreuung, der Doppelbelastung von Frauen in Familie, Studium und Beruf und des ungleichen Lohns für gleiche Arbeit auseinander zu setzen. Doch während vornehmlich die männlichen Mitglieder des SDS, durch ihre spektakulären Aktionen gegen die Strukturen der Ordinarienuniversitäten, die Verabschiedung der Notstandsgesetze mißachtende und die Springer-Presse auf sich aufmerksam gemacht hatten, verblieben die in der Protestbewegung engagierten Frauen zunächst im Hintergrund. Nur vereinzelt traten Frauen in Erscheinung; eine aktive, Einfluss nehmende Teilnahme war ihnen unter den weiterhin männlich dominierten Strukturen kaum möglich, obgleich sie in den Gremien, bei den Treffen und Kongressen des SDS beteiligt waren. Somit schrieb auch die Studentenbewegung die traditionelle geschlechtsspezifische Rollenverteilung fort.

So waren es gerade diese von den Frauen selbst erfahrenen Widersprüche, die den eigenständigen Protest der Frauen provozierten. Neben der Kritik an den autoritären Strukturen der theoretischen Debatten waren es die pseudoradikale Sexualitätsdiskussion der "68er" und das ungelöste Problem der Kinderbetreuung, die zu ersten Zusammenschlüssen der Frauen führten, wie dem von Helke Sander und sechs weiteren Frauen im Januar 1968 gegründeten "Aktionsrat zur Befreiung der Frauen". Aus seiner Beschäftigung mit der offenkundigen sozialen und finanziellen Ungleichheit von Frauen gründete der Aktionsrat in den folgenden Wochen als alternative antiautoritäre Formen der Kinderbetreuung die "Kinderlaeden".

Mit ihrer Rede auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS versuchte Sander, eine größere Öffentlichkeit für die Projekte und Anliegen der studentischen Frauengruppe

zu gewinnen. In dieser Rede, die im Nachhinein als eine der beiden Initialzündungen der Neuen Frauenbewegung gewertet wurde, kritisierte sie die alleinige Zuständigkeit der Frauen für Kindererziehung und Haushalt, die Frauen daran hinderte, bei der politischen Arbeit eine gleichberechtigte Rolle einzunehmen. Ihre Kritik mündete in der Forderung, Kindererziehung nicht mehr als private Aufgabe der Mütter, sondern als gesellschaftliche Frage zu betrachten. Damit richtete sie sich grundlegend gegen ein auch im SDS verbreitetes Politikverständnis, demzufolge das Private lediglich als Teil des un- oder vorpolitischen Raums betrachtet wurde. Unter dem Slogan "Das Private ist politisch!" forderten die Frauen die Erweiterung des herkömmlichen Politikmodells, das in der Folge die Diskussionen um bislang von der Privatsphäre verdeckt gehaltene Probleme bestimmen sollte.

Doch die Forderung Helke Sanders verhallte zunächst ungehört auf der SDS-Konferenz. Die männlichen SDS-Delegierten weigerten sich schlicht, ihren Redebeitrag zu diskutieren. Dass sich die Gemüter dann doch noch erhitzten, lag in der "Aktion", die die SDS-Delegierte Sigrig Rürger daraufhin vornahm. Diese warf mehrere Tomaten auf die männlichen Vorsitzenden des SDS und erregte damit sowohl die nötige innerverbandliche Empörung als auch das öffentliche Interesse.

Nach diesem Eklat veröffentlichte der Aktionsrat ein Selbstverständigungspapier, in der die Frauen aufgefordert wurden, von nun an autonom für ihre Rechte einzutreten. Die Weigerung der männlichen SDS-Delegierten, Sanders Redebeitrag zu diskutieren, gab vielen Frauen im Verband den letzten Anstoß, die eigenen Konflikt- und Widerspruchserfahrungen der als privat definierten und der politischen Diskussion entzogenen gesellschaftlichen Geschlechterordnung in Frauengruppen erstmals in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns zu stellen und Veränderungsstrategien zu entwickeln. Zudem erteilten die Vertreterinnen der neuen Frauenbewegung den korporativen, formalisierten und hierarchisierten Strukturen der traditionellen Verbände eine eindeutige Absage zugunsten autonomer Organisationsweisen. "Autonomie" wurde für sie zum Schlüsselbegriff für Selbstbestimmung und die Befreiung aus patriarchalischer Bevormundung und wirtschaftlicher Abhängigkeit.

In der Folge dieses Ereignisses gründeten sich in vielen Städten nach dem Berliner Beispiel "Weiberräte", die – ausgehend von der Analyse Sanders – für eine Erweiterung des herrschenden Politikverständnisses um die bisher ausgeklammerte Sphäre des Privaten stritten. So entstand in Frankfurt der erste "Weiberrat" (Sozialistische Frauen Frankfurts), der mit einer spektakulären Flugblattaktion auf dem 24. Delegiertenkongress des SDS in Hannover am 20. November 1968 die Vormacht der Männer im SDS mit der Parole attackierte: "Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen". Den Frauen in den sich neu gründenden Frauengruppen ging es nun nicht mehr um eine bloße Gleichberechtigung. Sie waren vielmehr davon überzeugt, dass der patriarchalischen Gesellschaft mit ihren spezifischen Arbeits- und Familienstrukturen nur dadurch langfristig ein Ende zu setzen und die Gesellschaft auf eine andere Funktionsgrundlage zu stellen sei, dass man die Geringschätzung der von Frauen geleisteten unsichtbaren Arbeit offen kritisierte.

Durch den Zerfall der APO und des SDS nach 1969 traten zunächst auch die sozialistischen Frauengruppen in ihren Aktionen zurück. Dennoch gab es bereits Verbindungen zu Personen und Netzwerken außerhalb des studentischen Milieus. Vor allem die zu Beginn des Jahres 1970 in Frankfurt gegründete "Aktion 70" hatte mittlerweile Frauen aus unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen und politischen Parteien zusammengeführt. Unter der Parole "Mein Bauch gehört mir" organisierten sie am 8. März 1970, dem Internationalen Tag der Frau,

Demonstrationen, für eine umfassende sexuelle Aufklärung, den freien Zugang zu Verhütungsmitteln, die Übernahme der Kosten durch die gesetzlichen Krankenkassen sowie insbesondere für die ersatzlose Streichung des § 218 Strafgesetzbuch, der die Abtreibung unter Strafe stellte. Den Höhepunkt erreichte die Kampagne am 6. Juni 1971 mit einer Selbstbezeichnung von 374 vorwiegend prominenten Frauen, die in der Illustrierten "Stern" öffentlich erklärten: "Ich habe abgetrieben". Importiert aus Frankreich nach dem Vorbild des französischen "Mouvement pour la Liberation des Femmes" und initiiert von der damals in Paris lebenden Journalistin und späteren Herausgeberin der Frauenzeitschrift EMMA, Alice Schwarzer, erreichte diese Aktion nicht nur ein mediales Aufsehen, sondern führte zu weiteren Gründungen von Frauengruppen, die durch öffentlichkeitswirksame Unterschriftenaktionen die Aufmerksamkeit für dieses Thema auf eine breite Basis stellten.

Seit 1969 gehörte die Liberalisierung des aus dem Jahre 1927 stammenden Abtreibungsgesetzes, das Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren vorsah, zum Reform-Paket der neu gebildeten sozialliberalen Regierungskoalition unter Willy Brandt. Ein konkreter Erfolg der Bemühungen um die Abschaffung des § 218 zeigte sich am 26. April 1974: An diesem Tag verabschiedete der Bundestag mit knapper Mehrheit die "Drei-Monats- Fristenlösung", die Abtreibungen bis zum dritten Schwangerschaftsmonat legitimierte. Dieses Gesetz wurde jedoch bereits wenige Monate später vom Bundesverfassungsgericht wieder außer Kraft gesetzt und durch das vom Bundestag am 12. Februar 1976 beschlossene erweiterte Indikationsmodell ersetzt, nach dem eine Abtreibung in den ersten 12 bzw. 22 Wochen dann straffrei war, wenn sie auf einer eugenischen, kriminologischen oder sozialen Indikation beruhte, und eine entsprechende Vorberatung stattgefunden hatte.

Obwohl die Frauenbewegung damit ihr eigentliches Ziel nicht erreicht hatte, waren die vorangegangenen Aktionen für sie dennoch sehr erfolgreich. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hatten sich Frauen verschiedener Alters-, Sozial- und Berufsgruppen zu einer kollektiven Bewegung zusammengefunden und ihre gemeinsame Interessensidentität demonstriert, wodurch diese Aktion für die Öffentlichkeit zum Beginn der Neuen Frauenbewegung wurde. Neben den selbst organisierten Einrichtungen und Initiativen zur Schwangerschaftsberatung und Verhütung, Abtreibung und Gesundheitspolitik war die Veränderung von Werten und Normen wesentlich, die die Bedeutung des Privaten radikalisierte und zur Herausbildung einer politisch-kulturellen Gegenkultur führte.

Spätestens seit 1975, von den Vereinten Nationen zum Jahr der Frau deklariert, gelang es der Neuen Frauenbewegung auch in anderen tabuisierten Bereichen zu zeigen, wie politisch das Private war. Dabei war die Thematisierung von Sexualität und Gewalt gegen Frauen und Mädchen besonders einflussreich. Es entstanden zahlreiche Selbsterfahrungs- und Selbsthilfegruppen, aus denen in den folgenden Jahren Frauenprojekte mit medizinischen und sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Zielsetzungen entstanden.

In den 1980er Jahren wurde Frauenemanzipation als "Marktlücke" entdeckt und erschlossen. Gleichzeitig führte die Präsenz des Themas in der öffentlichen Diskussion wie in der staatlichen Politik zur Etablierung feministischer Theorien und zur Gründung von Frauenforschungsprofessuren im akademischen Bereich sowie zur Einrichtung von Frauenministerien und Gleichstellungsstellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Damit wurden – obwohl die Frauenbewegung am Prinzip der Autonomie fest hielt – viele ihrer politischen Forderungen von Vertreterinnen aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und etablierten Frauenverbänden aufgenommen.

Mit dieser Form der Politisierung des Alltags konnte die Neue Frauenbewegung die traditionelle Trennlinie zwischen Privatem und Öffentlichkeit verschieben und die Herausbildung eines neuen Politikbegriffs wie den Wandel von Werten und Normen entscheidend beeinflussen.

Julia Paulus

## **Quellen- und Literaturhinweise**

Anders, A. (Hg.), Autonome Frauen. Schlüsseltexte der neuen Frauenbewegung seit 1968, Frankfurt am Main 1988.

Gerhard, U., Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek 1990.

Holland-Cunz, B., Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt 2003.

Lenz, I., Michiko, M., Klose, K. (Hg.), Frauenbewegung weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Opladen 2000.

Myrdal, A., Klein, V., Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf, Köln 1960 (Originalausgabe: Women's Two Roles – Home and Work, London 1956).

Omran, S., Bewegung im historischen Wandel. Aktuelle Politik- und Mobilisierungsstrategien von Frauen, Pfaffenweiler 1995.

Schenk, H., Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, München 1992.

Schlaeger, H. (Hg.), Mein Kopf gehört mir. Zwanzig Jahre Frauenbewegung, München 1988.

Schulz, K., Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968-1976, Frankfurt am Main 2002.

Schwarzer, A., So fing es an! Die neue Frauenbewegung, München 1983.

## **Rede von Helke Sander (Aktionsrat zur Befreiung der Frauen) auf der 23. Delegiertenkonferenz des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) am 13. September 1968 in Frankfurt/Main**

Liebe Genossinnen, Genossen,

ich spreche für den Aktionsrat zur Befreiung der Frauen. Der SDS [Berlin] hat mir einen Delegiertenplatz gegeben. Nur wenige von uns des Aktionsrates sind Mitglieder des SDS. Wir sprechen hier, weil wir wissen, dass wir unsere Arbeit nur in Verbindung mit anderen progressiven Organisationen leisten können und dazu zählt unserer Meinung nach heute nur der SDS.

Die Zusammenarbeit hat jedoch zur Voraussetzung, dass der Verband die spezifische Problematik der Frauen begreift, was nichts anderes heißt, als jahrelang verdrängte Konflikte *endlich* im Verband zu artikulieren. Damit erweitern wir die Auseinandersetzung zwischen den Antiautoritären und der KP-Fraktion und stellen uns gleichzeitig gegen beide Lager, da wir beide Lager praktisch, wenn auch nicht theoretisch, gegen uns haben. Wir werden versuchen, unsere Positionen zu klären, und verlangen, dass unsere Problematik hier inhaltlich diskutiert wird. Wir werden uns nicht mehr damit begnügen, dass den Frauen gestattet wird, auch mal ein Wort zu sagen, das man sich, weil man ein Antiautoritärer ist, anhört, um dann zur Tagesordnung überzugehen.

Wir stellen fest, dass der SDS innerhalb seiner Organisation ein Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse ist. [Applaus] Dabei macht man alle Anstrengungen, alles zu vermeiden, was zur Artikulierung dieses Konfliktes zwischen Anspruch und Wirklichkeit beitragen könnte, da dies eine Neuorientierung der SDS-Politik zur Folge haben müsste bzw. eine klare Strategie erzwingen würde. Diese Artikulierung wird auf eine einfache Weise vermieden, nämlich dadurch, dass

man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen Leben abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt. In dieser Tabuisierung unterscheidet sich der SDS in nichts von den Gewerkschaften und den bestehenden Parteien. [Applaus] Diese Tabuisierung hat zur Folge, dass das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet ist, dass die Männer ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität noch nicht aufgeben müssen. [Applaus] Man gewährt zwar den Frauen Redefreiheit, ergründet aber nicht die Ursachen, warum sie sich so schlecht bewähren, warum sie passiv sind, warum sie zwar in der Lage sind, die Verbandspolitik mit zu vollziehen, aber nicht dazu in der Lage sind, sie auch mit zu bestimmen. (Gestern hat eine Frau geredet, heute hat eine Frau einen Antrag formuliert.) Die Verdrängung wird komplett, wenn man auf diejenigen Frauen verweist, die innerhalb des Verbandes eine bestimmte Position erworben haben, in der sie aktiv tätig sein können. Es wird nicht danach gefragt, welche Versagungen ihnen das möglich gemacht haben, es wird übersehen, dass dies nur möglich ist durch Anpassung an ein Leistungsprinzip, unter dem ja gerade auch die Männer leiden und dessen Abschaffung das Ziel ihrer Tätigkeit ist. Die so verstandene Emanzipation erstrebt nur eine Gleichheit in der Ungerechtigkeit und zwar mit den von uns abgelehnten Mitteln des Konkurrenzkampfes und des Leistungsprinzips.

Die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben wirft die Frau immer zurück in den individuell auszutragenden Konflikt ihrer Isolation. Sie wird immer noch für das Privatleben, für die Familie, erzogen, die ihrerseits von Produktionsbedingungen abhängig ist, die wir ablehnen. Die Rollenerziehung, das anerzogene Minderwertigkeitsgefühl, der Widerspruch zwischen ihren eigenen Erwartungen und denen der Gesellschaft erzeugen das ständige schlechte Gewissen, den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht zu werden, bzw. zwischen Alternativen wählen zu müssen, die in jedem Fall einen Verzicht auf vitale Bedürfnisse bedeuten.

Frauen suchen ihre Identität. Durch Beteiligung an Kampagnen, die ihre Konflikte nicht unmittelbar berühren, können sie sie nicht erlangen. Auch das ist nur Scheinemanzipation. Sie können sie nur erlangen, wenn die ins Privatleben verdrängten gesellschaftlichen Konflikte artikuliert werden, damit sich dadurch die Frauen solidarisieren und politisieren. Die meisten Frauen sind deshalb unpolitisch, weil Politik bisher immer einseitig definiert worden ist und ihre Bedürfnisse nie erfasst wurden. Sie beharren deshalb im autoritären Ruf nach dem Gesetzgeber, weil sie den systemsprengenden Widerspruch ihrer Forderungen nicht erkannten.

Die Gruppen, die den Widerspruch erkannt haben und die am leichtesten politisierbar sind, sind die privilegierten Frauen mit Kind und verkrachter Ehe. Bei ihnen sind die Aggressionen am stärksten und [ist] die Sprachlosigkeit am geringsten. Wenn Frauen heute studieren können, haben sie das nicht so sehr der bürgerlichen Emanzipationsbewegung zu verdanken, sondern vielmehr ökonomischen Notwendigkeiten. Wenn diese Privilegierten unter den Frauen nun Kinder bekommen, werden sie auf Verhaltensmuster zurückgeworfen, die sie meinten, dank ihrer Emanzipation schon überwunden zu haben. Das Studium wird abgebrochen oder verzögert, die geistige Entwicklung bleibt stehen oder wird stark gemindert durch die Ansprüche des Mannes und des Kindes. Dazu kommt die Unsicherheit, dass man es nicht fertig gebracht hat, zwischen Blaustrumpf und Frau fürs Haus zu wählen, entweder eine Karriere aufzubauen, die mit einem weitgehenden Verzicht auf Glücksanspruch erkauft werden muss oder eine Frau für den Konsum zu sein. Das heißt, es sind eben jene privilegierten Frauen, die die Erfahrung gemacht haben, dass der bürgerliche Weg zur Emanzipation der falsche war, die erkannt haben, dass

sie sich nicht emanzipieren können, wenn sie mit dem Mann konkurrieren, die erkannt haben, dass sie sich nicht emanzipieren können, wenn das allgemeine Leistungsprinzip auch zum bestimmenden Faktor innerhalb der jeweiligen Verhältnisse wird.

Diese Frauen merken spätestens, wenn sie Kinder bekommen, dass ihnen alle ihre Privilegien nichts nützen. Sie sind am ehesten dazu in der Lage, den Abfallhaufen des gesellschaftlichen Lebens ans Licht zu ziehen, was gleichbedeutend damit ist, den Klassenkampf auch in die Ehe und in die Verhältnisse zu tragen. [Applaus] Dabei übernimmt der Mann die objektive Rolle des Ausbeuters oder Klassenfeindes, die er subjektiv natürlich nicht will [Applaus], da sie ihm ja auch wiederum nur aufgezwungen wird von einer Leistungsgesellschaft, die ihm ein bestimmtes Rollenverhalten und Autorität auferlegt.

Die Konsequenz, die sich daraus für den Aktionsrat zur Befreiung der Frauen ergab, ist folgende:

Wir können die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen nicht individuell lösen. Wir können damit nicht auf Zeiten nach der Revolution warten, da eine nur politisch-ökonomische Revolution die Verdrängung des Privatlebens nicht aufhebt, was in allen sozialistischen Ländern bewiesen ist. [Applaus]

Wir streben Lebensbedingungen an, die das Konkurrenzverhältnis zwischen Mann und Frau aufheben. Dies geht nur durch Umwandlung der Produktionsverhältnisse und damit der Machtverhältnisse, um eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.

Da die Bereitschaft zur Solidarisierung und Politisierung bei den Frauen mit Kindern am größten ist, weil sie nämlich den Druck am meisten spüren, haben wir uns in der praktischen Arbeit bisher auf ihre Konflikte konzentriert. Das heißt nicht, dass wir die Konflikte der Studentinnen ohne Kinder nicht wichtig nehmen, heißt nicht, dass wir nicht trotz der gemeinsamen Merkmale aller Frauen in der Unterdrückung die klassenspezifischen Unterdrückungsmechanismen übersehen. Es heißt lediglich, dass wir eine möglichst effektive Arbeit leisten wollen und uns einen Ansatzpunkt schaffen müssen, der es uns erlaubt, die Problematik systematisch und rational anzugehen.

Da die anfänglichen Bemühungen, die wir machten, diese Konflikte mit dem SDS und innerhalb des SDS anzugehen, scheiterten, haben wir uns zurückgezogen und alleine gearbeitet. Als wir vor einem halben Jahr mit der Arbeit anfangen, reagierten die meisten Genossen mit Spott, mit Diffamierung oder Verdrängung, das heißt mit Schweigen. Heute nehmen sie uns übel, dass wir uns zurückgezogen haben und versuchen uns zu beweisen, dass wir überhaupt ganz falsche Theorien haben, sie versuchen uns unterzujubeln, dass wir behaupten, wir könnten uns auch alleine emanzipieren – ohne die Männer – und all den Schwachsinn, den wir nie verbreitet haben. Sie pochen darauf, dass auch sie unterdrückt sind, was wir ja wissen. [Gelächter] Wir sehen es nur nicht mehr länger ein, dass wir ihre Unterdrückung, mit der sie uns unterdrücken, weiter wehrlos hinnehmen sollen. Eben weil wir der Meinung sind, dass eine Emanzipation nur gesamtgesellschaftlich möglich ist, sind wir ja hier. Wir müssen hier nämlich mal feststellen, dass an der Gesamtgesellschaft etwas mehr Frauen als Männer beteiligt sind und finden es nicht unbescheiden, dass wir die sich daraus ergebenden Ansprüche auch einmal anmelden und fordern, dass sie berücksichtigt werden. Sollte dem SDS der Sprung nach vorn zu dieser Einsicht nicht gelingen, dann wären wir allerdings auf einen Machtkampf angewiesen, was eine [Unruhe und Applaus] ungeheure Energieverschwendung bedeuten würde [Unruhe], denn wir würden diesen Machtkampf gewinnen, da wir historisch im Recht sind. [Applaus]

Die Hilflosigkeit und Arroganz, mit der wir hier auftreten müssen, macht keinen

besonderen Spaß. Hilflos sind wir deshalb, weil wir von progressiven Männern eigentlich erwarten, dass sie die Brisanz unseres Konfliktes einsehen. Die Arroganz kommt daher, dass wir sehen, welche Bretter Ihr vor den Köpfen habt, weil Ihr nicht seht, dass sich Leute jetzt ohne Euer Dazutun politisieren – und zwar in einer Zahl, die Ihr für den Anbruch der Morgenröte ansehen würdet, wenn es sich jetzt um Arbeiter handeln würde. [Gelächter und Beifall]

Eure Veranstaltungen sind ziemlich unerträglich. Die Aggressionen [Applaus], die hier alles bestimmen, kommen nur teilweise aus politischen Einsichten in die Dummheit des anderen Lagers. Sagt doch endlich, dass Ihr Euch die neue Strategie solange nicht aus der Nase ziehen könnt, als Ihr noch so kaputt seid vom letzten Jahr, sagt, dass Ihr den Stress nicht länger ertragen könnt, Euch in politischen Aktionen zu verausgaben, ohne damit einen Lustgewinn zu verbinden. Und sagt doch, dass man dies eigentlich auch im SDS diskutieren sollte. Warum kauft Ihr Euch denn alle den Reich? Warum sprecht Ihr denn vom Klassenkampf hier und von Orgasmusschwierigkeiten zu Hause? [Unruhe, Gelächter]

Diese Verdrängungen wollen wir nicht mehr mitmachen. [Applaus]

In unserer selbstgewählten Isolation machten wir also folgendes: Wir konzentrierten unsere Arbeit auf die Frauen mit Kindern, weil sie am schlechtesten dran sind. Frauen mit Kindern können über sich erst wieder nachdenken, wenn die Kinder sie nicht dauernd an die Versagungen der Gesellschaft erinnern, die sie auszutragen haben. Da die politischen Frauen ein Interesse daran haben, dass ihre Kinder eben nicht nach dem Leistungsprinzip erzogen werden, war die erste Konsequenz für uns die, dass wir den Anspruch der Gesellschaft, dass die Frau die Kinder zu erziehen hat, zum ersten Mal ernst nehmen. Und zwar in dem Sinne, dass wir uns weigern, unsere Kinder weiterhin nach den Prinzipien des Konkurrenzkampfes und des Leistungsprinzips zu erziehen, von denen wir wissen, dass auf ihrer Einhaltung die Voraussetzung des kapitalistischen Systems überhaupt beruht. [Applaus]

Wir wollen versuchen, schon innerhalb der bestehenden Gesellschaft Modelle einer utopischen Gegengesellschaft zu entwickeln. In dieser Gegengesellschaft müssen aber unsere eigenen Bedürfnisse endlich einen Platz finden. So ist die Konzentration auf die Erziehung nicht ein Alibi für die verdrängte eigene Emanzipation, wie es uns von den Genossen vorgeworfen wird, sondern die Voraussetzung dafür, die eigenen Konflikte produktiv zu lösen. Indem man nämlich versucht, die Reptationen, die das Kind auf die Eltern und die Eltern auf das Kind ausüben, so umzuleiten, dass Formen geschaffen werden, in der sich jeder gegen die Unterdrückung des anderen wehren kann. Die Hauptaufgabe besteht darin, dass unsere Kinder nicht auf Inseln fernab aller gesellschaftlichen Realität gedrängt werden, sondern darin, den Kindern durch Unterstützung ihrer eigenen emanzipatorischen Bemühungen die Kraft zum Widerstand zu geben, damit sie ihre eigenen Konflikte mit der Realität zugunsten einer zu verändernden Realität lösen können.

Augenblicklich arbeiten schon fünf dieser Kinderläden, vier weitere organisieren sich und einige andere sind im organisatorischen Vorstadium. Wir arbeiten am Modell für den FU-Kindergarten und organisieren Kindergärtnerinnen. Andere Arbeitskreise, die mehr theoretisch arbeiten, gibt es auch.

Wir haben einen so ungeheuren Zustrom, dass wir ihn kaum organisatorisch verkraften können. Unser Ziel ist zunächst, die Frauen zu politisieren, die schon ein bestimmtes Problembewusstsein haben. Dies ist am besten möglich innerhalb der Universitäten. Wir müssen diese unsere Gegenmodelle zunächst weiterentwickeln und auf eine größere Basis stellen, damit wir Methoden einer kollektiven Erziehung finden, die nicht nur den sowieso Privilegierten zugute kommt. Diese Kader und diese Erkenntnisse haben wir noch nicht. Darum können wir unsere Arbeit nicht

dadurch gefährden, dass wir halbe Aktionen in Arbeitervierteln machen. Es sind nämlich besonders die Männer, die sich nach und nach bei uns eingefunden haben, die für eine schnellere Vermittlung nach außen in die Arbeiterschaft eintreten. Hier gibt es wieder zwei Probleme. Zum einen haben verschiedene Männer gesehen, dass plötzlich etwas gemacht wird, was eine Perspektive hat. Aufgrund ihrer gewandteren Formulierungen übernehmen sie bei manchen Arbeitskreisen wieder die Führung, wogegen viele Frauen nach wie vor hilflos sind. Sie tun so, als sei der Gedanke der Kinderläden ihre eigene Erfindung, sie sehen die politische Relevanz und sagen jetzt den Frauen, sie würden ihre Probleme verdrängen, wenn sie sich mit der Erziehung beschäftigen, obwohl wir bemerkt haben, dass sich die Frauen, gerade weil sie an ihren Problemen interessiert sind, sich zuerst mit den Kindern auseinandersetzen müssen. Der Versuch, möglichst schnell andere Bevölkerungsschichten mit unseren Kinderläden zu erfreuen, mag darauf zurückzuführen sein, dass sich die Männer nach wie vor weigern, ihre eigenen Konflikte durch die Arbeit mit den Kindern zu artikulieren. Im Augenblick haben wir der Arbeiterschaft noch nichts zu bieten. Wir können nicht Arbeiterkinder in unsere Kindergärten nehmen, wo sie ein Verhalten lernen, für das sie zu Hause bestraft werden. Die Kinder sind oft nur eine Last, die man, um sie erträglich zu machen, disziplinieren und reglementieren muss.

Die Voraussetzungen für eine Arbeiterkampagne müssen geschaffen werden und sind von uns nicht alleine zu leisten. Wir machen mit der Artikulierung unserer Konflikte eigene Basisarbeit.

Aus den Arbeiten an den Kinderläden ergeben sich für uns weitere Arbeiten, die damit in engerem Zusammenhang stehen. Die Kinder, die jetzt in unseren Läden sind, werden sich nicht mehr in die gewöhnlichen Schulen einfügen. Die Eltern dieser Kinder werden die bestehenden Schulen nicht mehr hinnehmen. Durch die breite Basis, die wir den Läden geben wollen, versuchen wir eine breite Basis für den Konflikt in den Volksschulen zu schaffen. Dieser Konflikt wird Wirkungen haben, die sich zeigen werden auch bei den Kindern und den Eltern, die nicht durch unsere Läden gegangen sind. Wir müssen dann verhindern, dass Kinder ausgebildet werden, um das zu lernen, was eine kapitalistische Gesellschaft ihnen zu lernen erlaubt.

Wir wissen, unproduktive Arbeiten können abgeschafft werden, wir wissen, wir werden einen ungeheuren Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern, Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern haben. Es ist nicht mehr nötig, dass 90% aller Arbeiterinnen ungelernete Arbeiterinnen sind.

Genossen, Ihr seht, dass unsere Arbeit andere Schwerpunkte hat als die Verbandsarbeit.

1. Wir haben unsere Arbeit beschränkt auf Erziehungsprobleme und alles, was damit zusammenhängt – also vorläufig.

2. Das heißt nicht, dass wir uninteressiert sind an den anderen Arbeiten. Wir geben im Augenblick nur kein Geld dafür. Alles Geld geht im Augenblick in die Läden und die dafür notwendigen Vorbereitungsarbeiten.

3. Wir nehmen uns Zeit für die Vorbereitungsarbeiten, d.h. für die Politisierung des Privatlebens.

4. Wenn die Kinderläden wenigstens den Studenten und Demonstranten zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind, werden wir uns auf die Schulen konzentrieren müssen.

5. Daneben gibt es natürlich Kampagnen, die in engem Zusammenhang damit stehen, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden soll.

Damit kommen wir jetzt auf die Frage der Prioritäten.

Wir müssen diskutieren:

Soll sich eine Gruppe hier und eine Gruppe da auf ein Lehrlings- bzw. Schülersekretariat konzentrieren oder sollen wir uns konzentrieren auf die Verbreiterung der Basis bei den Kindergärten.

Ein Lehrlingssekretariat fängt die wenigen glücklichen und männlichen Volksschulabgänger auf, die das Glück hatten, eine Lehre beginnen zu können, wie schlecht sie im Einzelnen auch sein mag. Ein Schülersekretariat fängt die wenigen Ober- und Berufsschüler auf, die das Glück hatten, liberale Eltern zu haben und materiell gesicherte Eltern, die sie auf eine Schule schicken konnten. Das Lehrlingssekretariat wird immer wieder genährt durch die Leute, die immer wieder die gleichen Voraussetzungen mitbringen, nämlich die, die wir abschaffen wollen. Soll hier eine Gruppe eine Nato-Kampagne und da eine Gruppe eine Bundeswehrkampagne machen oder sollen wir uns darauf konzentrieren, neue Wohnmodelle zu schaffen, die uns nicht mehr länger architektonisch vergewaltigen und die Besitzverhältnisse und die Machtstrukturen verewigen? Es geht um die Artikulierung der eigenen Konflikte gegen deren Verdrängung.

Wenn Ihr zu dieser Diskussion, die inhaltlich geführt werden muss, nicht bereit seid, dann müssen wir, der Aktionsrat zur Befreiung der Frauen, feststellen, dass der SDS ein konterrevolutionärer Verband ist. [Applaus und Buhrufe]

## **Tondokument**

MP3-Datei.

Hier nach: Tonbandmitschnitt, angefertigt von Holger Meins am 13. September 1968, Privatbesitz Helke Sander, Tonbandabschrift von Elisabeth Zellmer und Patrick Bernhard am 24. April 2006.

© Tondokument. Helge Sander. Berlin. 2006.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0022\\_san.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0022_san.pdf)

Datum: 19. September 2011 um 12:44:15 Uhr CEST.

© BSB München

---